



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

Gesinnungshaft in Österreich

Es wird Zeit, daß die Republik Österreich wieder ein demokratischer Rechtsstaat wird. Das heißt aber, daß nicht Teile der österreichischen Bevölkerung sofort diskriminiert werden und alle in einem demokratischen Staat üblichen Bürgerrechte verlieren, wenn nur politische Mitbewerber oder Konkurrenten die Faschismuskeule schwingen. So ein Entzug der Grundrechte ist bei den Tagen volkstreuer Jugend geschehen.

Der 1. Tag volkstreuer Jugend ging noch ungestört über die Bühne, es gab keine Zwischenfälle. Doch schon beim 2. Tag der volkstreuen Jugend erschien ein Polizist mit einem Einsatzkommando, erklärte die Veranstaltung, die nach § 2 des österreichischen Versammlungsgesetzes nur auf geladene Gäste beschränkt war, ohne Angabe von Gründen für aufgelöst, ohne den Teilnehmern einen Bescheid auszufolgen und zwang die Teilnehmer nach Hause zu fahren. Ähnlich im folgenden Jahr, doch die empörte Jugend demonstrierte diesmal in einigen Orten Oberösterreichs gegen die Beschränkung der Meinungsfreiheit. Hat doch Österreich so etwas wie eine Deklaration der Menschenrechte beschlossen, die schließt das Recht auf Versammlungsfreiheit für alle Gruppen ein und die Jugendlichen fühlten sich als Demokraten und loyal zu unserem Staat, und daher berechtigt gegen Behördenwillkür zu demonstrieren.

Auch beim diesjährigen Tag der volkstreuen Jugend 2007 am 17. März wurden sie wieder heimgeschickt, mit der offiziellen mündlichen Begründung, sie „vor Begehung einer Straftat zu bewahren“. **Ist also das Versammlungsrecht in Österreich nur Privilegierten vorbehalten?**

Dienstag, 20. März 2007: zwei unbescholtene, junge Männer (24 u. 25 Jahre alt) werden von der politischen Polizei mit einem Haftbefehl von der Arbeit abgeholt. Bei einem dritten wird eine Hausdurchsuchung durchgeführt; auch er befindet sich seither in Haft.

Die Begründung für diese Festnahmen: Angeblich sind jene 3 „Rädelsführer“ des Bundes freier Jugend. Dieser steht angeblich im Verdacht mehrfach gegen das so genannte „NS- Verbotsgesetz“ verstoßen zu haben. Außerdem haben alle drei am rechtswidrig aufgelösten „Tag der volkstreuen Jugend“ am 17. März 2007 teilgenommen.

Schon im Vorfeld dieser Veranstaltung wurden Aktivisten aus OÖ, welche weder inhaltlich noch organisatorisch etwas mit dem „Tag der volkstreuen Jugend“ zu tun haben, mit U-Haft-Strafen bedroht.

Der wahre Grund für diesen uferlos weiten Gesinnungsterror dürfte der so genannte „Sicherheitsgipfel“ zum Thema Rechtstextremismus am 2. März in Linz sein. Teilgenommen hat die „Politprominenz“ der schwarz-grünen Koalition aus Oberösterreich sowie auch Innenminister Günther Platter höchstpersönlich. Selbstverständlich fehlten die Antifaschisten auch nicht. Sie waren durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes vertreten, welches als eine Art Privat-Stasi fungiert, wie ein Gerichtsurteil vor einigen Jahren feststellte. In der eine Stunde dauernden „Dringlichkeitssitzung“ wurde das „Maßnahmenpaket“ der berüchtigten Welser Initiative gegen Faschismus unter der Führung des sattsam bekannten Robert Eiter angenommen. Dieses beinhaltet unter anderem die Forderung alle angeblich neonazistischen Aktivitäten zu unterbinden. Was allerdings „neonazistisch“ ist, das bestimmen selbstverständlich wie immer die selbsternannten Antifaschisten.

Der Leiter des Salzburger Landesamtes für Verfassungsschutz Burghard Vouk erklärte laut APA, der österreichischen Presseagentur, ohne jedwede Hemmung menschenrechts- und verfassungswidrig: „Null Toleranz für rechte

Gruppierungen in Österreich“, womit offiziös klargestellt wurde, wohin die Reise bei der Auslegung der Gummiparagraphen des österreichischen Politstrafrechtes gehen soll.

Nun sitzen 3 anständige junge Männer in Haft, deren einziges Vergehen es war, ihre Meinung im Staate Österreich frei und demokratiebewußt zu äußern.

Zurück bleiben verständnislose Verwandte, Eltern, Freunde und Arbeitskollegen, welche es nicht fassen können, daß kriminelle Schläger bis Vergewaltiger sich auf freiem Fuß befinden, während man politisch unliebsame Bürger einfach wegsperret, nur um einige hysterische linke Schreier zu beruhigen.

Irak-Korruptionsskandal in USA

Wegen des Verdachts der Veruntreuung von Wiederaufbauhilfen in Millionen Dollar ist Anfang Februar 2007 im US-Bundesstaat New Jersey **Anklage** gegen drei ehemalige Armee-Offiziere und zwei weitere Zivilisten erhoben worden. Den fünf Beschuldigten wird vorgeworfen, als **Mitarbeiter der Übergangsverwaltung im südirakischen Hilla US-Regierungsgelder in Millionenhöhe veruntreut zu haben.**

Außerdem wird ihnen **Bestechung, Betrug und Geldwäsche** zur Last gelegt. Im selben Fall war bereits im Jänner ein ehemaliger **Buchhalter der Übergangsverwaltung zu einer neunjährigen Haftstrafe und zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 3,6 Millionen Dollar (2,7 Millionen Euro) verurteilt** worden.

Der Verbleib der Milliarden an Steuergeldern, mit denen die US-Regierung den Krieg und den Wiederaufbau im Irak finanziert, beschäftigt derzeit auch den demokratisch dominierten Kongress. Paul Bremer, der ehemalige US-Verwalter im Irak, hatte am Dienstag bei einer Anhörung „Fehler und schlechtes Management“ eingeräumt.

Die Massenvertreibung von 100.000 Nachfahren des historischen Byzanz lang nach dem 2. Weltkrieg.

In der Nacht vom 6. auf den 7. September 1955 begannen in der Türkei antigriechische Pogrome, die zu einer **Vertreibung von nahezu hunderttausend Angehörigen der griechischen Minderheit** führten. Ausgelöst wurden die blutigen Ausschreitungen mit Dutzenden von Todesopfern in Istanbul und Izmir vordergründig durch den **Zypernkonflikt**. Die mit Wirtschaftsproblemen kämpfende Regierung des Ministerpräsidenten Adnan Menderes brauchte auch Sündenböcke, die sie in den wirtschaftlich starken - christlichen Nachfahren des 1453 untergegangenen Byzantinischen Reiches fand.

Ein fanatisierter Mob setzte in Istanbul 72 orthodoxe Kirchen und über 30 Schulen in Brand, schändete christliche Friedhöfe und verwüstete rund 3500 Wohnhäuser und mehr als 4000 Geschäfte. Die Polizei sah untätig zu, wie geplündert und vergewaltigt wurde. Der Nobelpreisträger Orhan Pamuk, der in seinem Werk auch den Massenmord an den Armeniern von 1915 thematisierte, schilderte die blinde Zerstörungswut in seinen Jugenderinnerungen. Der 1995 verstorbene Schriftsteller Aziz Nesin sprach von „**Menschen, die Monster wurden**“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ anlässlich des 50. Jahrestages im Jahr 2005 hervorhob.

Wegen der **strategischen Bedeutung der Türkei im Kalten Krieg** drückten die USA beide Augen zu, Griechenland stellte aus Protest vorübergehend die Mitarbeit in der NATO ein. Großbritannien, damals noch Kolonialmacht in Zypern, sah sich mit dem bewaffneten Widerstand der griechischen Untergrundbewegung EOKA unter General Georgios Grivas konfrontiert und suchte ein Bündnis mit der Türkei. **So deportierten 1956 die Briten den Ethnarchen, den Führer der griechischen Zyprioten, Erzbischof Makarios, auf die Seychellen.** Er sollte dann 1960 der erste Präsident des unabhängigen Inselstaates werden, der seit der türkischen Invasion 1974 geteilt ist.

Erst nach dem türkischen Militärputsch 1960 - auf den die Hinrichtung von Menderes am 17. September 1961 folgte - kam die Wahrheit zu Tage: **Die Griechen-Pogrome waren von der regierenden Partei unter Einsatz des Staatsapparates vorbereitet worden.** Chauvenistische Zerstörungstrupps wurden per staatlicher Eisenbahn nach Istanbul befördert, von Parteifunktionären und Polizisten instruiert und ausgerüstet. Der Ökumenische Patriarch **Athenagoras**, das Oberhaupt der orthodoxen Christenheit, harnte im belagerten, aber nicht gestürzten Phanar aus. Er konnte darauf verweisen, daß der muslimische Eroberer Konstantinopels im Mittelalter, der osmanische Sultan Mehmed Fatih, das Patriarchat nicht angetastet hatte.

Den Christen, und in besonderer Weise den Nachfahren des historischen byzantinischen Reiches, werden vom **türkischen Staat viele Rechte bei der Ausübung ihrer Religion vorenthalten.** Während den Muslimen Dutzende von theologischen Bildungsanstalten zur Verfügung stehen, verwehre der türkische Staat seinen Bürgern christlichen Glaubens das Recht auf Ausbildung ihrer Geistlichen im Land, beklagte der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. Die EU hat bisher ohne Erfolg die Wiedereröffnung der **1971 von Ankara geschlossenen orthodoxen Priesterakademie** auf der Prinzeninsel Halki (Heybeli) verlangt. „Halki könnte ein „Schmuckstück der Türkei“ sein, die „Auslage eines demokratischen, laizistischen Staates“, so der Patriarch.

Die organisierte Gewaltorgie unter der Minderheit 1955 beendete nur die Vertreibung der Griechen aus ihren jahrhundertlangen Heimstätten in Kleinasien. **Schon nach dem 1. Weltkrieg mußten rund eine Million Griechen im Zuge eines „Bevölkerungstausches“ unfreiwillig Südanatolien verlassen.** Die Türkei hat nicht nur die Ausrottung der Armenier auf dem Gewissen.

STALIN LEBT...

... vermutlich in Oberösterreich.

Während eine amtsbekannte, gewalttätige Gruppe vor ein paar Wochen aus der benachbarten BRD in OÖ unter den wohlwollenden Augen der Polizei in einer Diskothek ihr Programm durchziehen konnte, werden heimat treue und volksverbundene junge Bürger unseres Landes mit Repressalien und Staatsterror verfolgt.

Anlaß war am 17.03.2007 der 5. Tag der volks- und heimat treuen Jugend in Oberösterreich mit rund 80 Teilnehmern. Um einen störungsfreien Ablauf des 1. Teiles der Veranstaltung zu ermöglichen, wurde eine Gruppenreise in einem Waggon der ÖBB von Attnang-Puchheim nach St. Johann organisiert. Das Mittagessen konnte in voller Disziplin beim Brückenwirt eingenommen werden, dann machte sich bereits der Staatsterror bemerkbar und die Wirtin (ÖVP-Vizebürgermeisterin) verweigerte die Räumlichkeiten für den 2. Teil der geschlossenen Saalveranstaltung. Ein Ersatz wurde rasch gefunden und zwei Redner bezogen sich auf die halbblutigen Störungen der OÖ. (Un)Sicherheits-Behörden, als die Polizei überfallsartig das Lokal umstellte und ein dubioser Einsatzleiter die Versammlung für aufgelöst erklärte – und dies mit der dubiosen Begründung: „... **es besteht die Gefahr, daß im Zuge der Veranstaltung möglicherweise das NS-Verbotsgesetz übertreten werden könnte**“.

Die Polizei wurde mit donnerndem Applaus begrüßt und die Amtshandlung begann mit der Aufnahme der Nationalien, Photographieren der Anwesenden, sowie einer Leibesvisitation, wobei auch die Geldbörsen (denn darin könnten sich ja Waffen und Hakenkreuze befinden) kontrolliert wurden. Rund 20 Teilnehmer wurden jedoch von den tollen Einsatzkräften übersehen und konnten unbehelligt das Gasthaus verlassen. Es wurden Bücher mit zeitgeschichtlichem Hintergrund beschlagnahmt, weil der Besitz solcher Schriften von der OÖ-Stasi in Eigenregie für bedenklich gehalten wurde. Daß diese Vorgangsweise natürlich nicht dem Gesetz entspricht ist wie bei **STALIN** durchaus vorstellbar.

Die bestellten Busse für die Weiterreise zum 3. Teil der Veranstaltung warteten bereits und die Teilnehmer konnten problemlos Attnang-Puchheim erreichen, wo in einem nahe gelegenen Gasthaus die Schlußveranstaltung störungsfrei abgehalten wurde. Die Stimmung war sehr gut und man freute sich über die gelungene Veranstaltung, wobei festgestellt werden soll, daß dank der unermüdlichen Einsätze von DÖW und Staatsschutz die Gruppe von

!! Veranstaltungen !!

Helmuth Steinwandtner

spricht über

Gestohlene Erfindungen und Ideen

> Donnerstag, 12. April 2007, 19.45 Uhr <

Konrad Windisch

spricht über

„Wiedergutmachung“

> Donnerstag, 26. April 2007, 19.45 Uhr <

Donnerstag, 05. April 2007 ist das Dr. Fritz Stüber-Heim geschlossen!

Weitere Veranstaltungen am 10. und 24. Mai 2007

**Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift**

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im Heim

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72

(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)

Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)

- Geschlossene Veranstaltungen! -

Dieser **Wiener Beobachter** gilt als Einladung

Wir danken für jede Spende!

20 auf 40 und mittlerweile nun auf rund 80 und mehr Personen angewachsen ist.

Jeden steuerzahlenden und rechtskonform lebenden Bürger würde es freuen, wenn die Polizei mit dem gleichen Eifer und derselben Einsatzfreude Jagd auf Kriminelle machen würde.

Walter STECHER

Geistig verwirrt

Während in der BRD christliche Kirchen verkauft und abgerissen werden, hat in Köln eine katholische Pfarre unter Pfarrer Franz Meurerer und abgesegnet vom Pfarrgemeinderat die Sonntagssammlung von 2000 Euro zum Bau einer Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld verwendet.

Ausrede: Antisemitismus

Der ungarische Ministerpräsident Gyurcsany, seit seinem Bekenntnis, die Ungarn über die wirtschaftlichen Zustände im Lande belogen zu haben, um die Wahlen zu gewinnen unter dauerndem Protest der empörten Bevölkerung, versucht seine Opposition, hauptsächlich von der FIDESZ getragen, zu diskreditieren.

In einem Interview mit der Times am 2. März denunziert Gyurcsany, selbst mit der jüdischen Frau Klara Dobrev verheiratet seine Landsleute des Antisemitismus: „Ich muß sagen, daß es noch nie soviel antisemitische Anfeindungen gegeben hat wie heute. Seit einer Welle von Demonstrationen gegen die ungarische Regierung im Herbst ist der Antisemitismus in Ungarn wieder aufgelebt.“ So sei auch seiner Frau ein eindeutig antisemitisches Flugblatt in die Hand gedrückt worden. „Etwas derartiges haben wir in Ungarn in den letzten 50 Jahren nicht erlebt“ behauptet Gyurcsany, auch sei auf einer Kundgebung eine Liste jüdischer Politiker verlesen worden.

Der Kampf der Kulturen ist im Gange

Das Zentrum für Türkeistudien (ZfT) stellte am 2. März in Essen eine Meinungsbefragung der aus der Türkei stammenden Einwanderer in Nordrhein-Westfalen vor: **Demnach sehen 2/3 der Befragten bereits den Kampf der Kulturen in Gange, weitere 14 % erwarten ihn in Kürze.**

Der Direktor des ZfT Faruk Sen meint dazu: „**Offenbar hat der Umgang der USA mit Muslimen im Zuge der Terror-Bekämpfung, in Afghanistan und im Irak das Vertrauen erschüttert.**“ Die USA sehen 54 % der Einwanderer als schlecht an. Gänzlich lehnten 82 % die US-Regierungspolitik ab. 2/3 sahen die USA als einen Feind der Türkei. Befragt wurden 1000 Personen.

Schlüsselarbeitskräfte für Fußballvereine ?

Im März 2007 waren in Oberösterreich Quotenplätze für Schlüsselarbeitskräfte frei. Wenn sie jetzt der Meinung sind, diese Plätze kämen ausschließlich der Wirtschaft zu Gute, befinden sie sich auf dem Holzweg. Denn beim oberösterreichischen **Fußballverein Superfund Pasching** wurden noch 2 „Fußball-Gastarbeiter“ als Verstärkung benötigt. Also gingen diese freien Quotenplätze für Schlüsselarbeitskräfte an den Fußballverein. Nun stellt sich die Frage: Müssen Fußballer, Musiker, Schauspieler usw. unbedingt über freie Quotenplätze nach Österreich eingeschleust werden? Dazu das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: „*Profisportler, und nicht nur im Fußball, werden seit langem über die jährlichen Schlüsselkraftquoten zugelassen. Wie ökonomische Untersuchungen immer wieder bestätigen, ist der Sport, und dabei vor allem der Fußball, sehr wohl ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft.*“

Das mag schon so sein, daß der Sport einen wichtigen Faktor für die heimische Wirtschaft darstellt. Jedoch bin ich der Meinung, daß gerade solche „Gastarbeiter“ sicherlich nicht auf Quotenplätze für Schlüsselarbeitskräfte angewiesen sein sollten. MJH

NATO setzte am Balkan Uranmunition ein

Nach einem Bericht der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ am 19. März 2007 mußten sich zahlreiche italienische Soldaten nach Auslandseinsätzen wegen einer Erkrankung durch Kontakt mit abgereichertem Uran an der Schilddrüse operieren lassen. Nach Behauptung eines Soldaten vor einer militärischen Beobachtungstelle mußten sich 70 % der Heimkehrer Eingriffe an der Schilddrüse unterziehen. Es sollen 45 Soldaten sogar gestorben und weitere 515 schwer erkrankt sein. Der italienische Senat hat eine Untersuchungskommission unter Lidia Menapace (KPI) gebildet.

Die Jewish Claims

Conference bezwingt Polen

Zwischen Polen und der Jewish Claims Conference ist ein Streit um die Entschädigung für Opfer von Enteignungen im kommunistischen Polen ausgebrochen. Die Juden fordern eine Entschädigung von 100 %, bezogen auf den heutigen Wert. **Polen will dagegen nur 15 % zahlen.**

Der Forderung der Claims Conference schließen sich auch andere Vertreter polnischer Enteigneter an. „Das ist eine Frage des Prinzips“, sagte Israel Singer, damals noch Vorsitzender der Jewish Claims Conference, am 28. Februar bei einer Pressekonferenz in Warschau. **Polen müsse die Frage der Entschädigung lösen, „wenn es ein vollwertiges Mitglied in der Nato und der EU sein will,“** erklärte Singer.

Polnische Unterhändler finden die Forderungen Singers unmöglich. „Wir werden keinen Schritt zurückweichen“, läßt die Zeitung „Rzeczpospolita“ einen Regierungsvertreter ohne Namensnennung zu Wort kommen. Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski erklärte ebenfalls am 28. Februar, **seine Regierung werde auf die Verabschiedung eines Entschädigungs-Gesetzes noch heuer drängen.** Nach Angaben von Kaczynski beträgt der Anteil des jüdischen Vermögens an den gesamten Enteignungen 17%.

Nachgiebiger als die Regierung ist die Opposition. So hält der Abgeordnete der rechtsliberalen Bürgerplattform (PO), Jan Wyrowinski, eine schrittweise **Erstattung von 50% des ursprünglichen Wertes für möglich. Nach Schätzungen der Geschädigten wurde Eigentum von insgesamt 60 bis 70 Mrd. Zloty (das sind 13,4-17,9 Mrd. Euro) verstaatlicht.**

Unter das vorgesehene Gesetz sollen jene Enteignungen fallen, die Personen „jüdischen Ursprungs“ betreffen, nicht jedoch die Enteignung Deutscher in den früheren deutschen Ostgebieten. Warum stellt die deutsche Bundesrepublik keine Entschädigungsforderungen ?

Wiener Beobachter, Folge 214 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: PSK 92.125.120; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien